

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/199

17. Oktober 1975

Gerechtere Tarife beim Telefonieren

Nahverkehrsbereich im Fernsprechsdiens wird kein
Geschäft für die Post

Von Lothar Wrede MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post- und Fernmelde-
wesen in der SPD-Fraktion

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Dies war der erste Thürkenstreich!

Wozu der Mangel an Argumenten die CDU treibt

Von Hans Batz MdB

Seite 3 und 4 / 30 Zeilen

Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Entwicklungspolitik ist in Schweden populär

Gute Erfahrungen mit einer großzügigen Öffentlichkeits-
arbeit

Von Erwin Stahl MdB

Omann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammen-
arbeit in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 83 Zeilen

Was ist das Vaterland?

"Wir können nicht mehr patriotisch sein"

Von Klaus Lohmann

Krankenhaus-Pfarrer außer Dienst

Seite 7 und 8 / 50 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 33 60 37 - 38
Telex: 08 66 846 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnar Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Gerechtere Tarife beim Telefonieren

Nahverkehrsbereich im Fernsprechnetz wird kein Geschäft für die Post

Von Lothar Wrede MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post- und Fernmelde-
wesen in der SPD-Fraktion

Die Deutsche Bundespost wird im nächsten Jahrzehnt nach und nach ihr Fernsprechnetz modernisieren. Der sogenannte Nahverkehrsbereich im Fernsprecheverkehr wird eingeführt. Über Bedeutung und Tragweite dieser Neuerung sind sich die meisten Fernsprechteilnehmer heute noch gar nicht im klaren, obwohl sie hiervon profitieren werden. Der Postverwaltungsrat hat kürzlich seiner entsprechenden Vorlage des Bundespostministers zugestimmt. Damit ist der Startschuß für die Neugliederung in unserem Fernmeldewesen erfolgt.

Schon Ende der sechziger Jahre war es für alle Beteiligten zu einem steten Ärgernis geworden, daß aufgrund der historisch gewachsenen Ortsnetze nach einer kommunalen Neugliederung die Fernsprechteilnehmer sehr oft nur im Rahmen eines Ferngesprächs die für sie nunmehr zuständigen kommunalen Einrichtungen erreichen konnten. Vielfach gehörten zu einer solch neuen Gemeinde drei, vier oder mehr Fernsprechortnetze. Dieser Zustand war, darüber herrschte allseits einhellige Übereinstimmung, auf Dauer nicht haltbar. Die anfänglichen Versuche der Deutschen Bundespost, hier durch Vergrößerung der Ortsnetze Abhilfe zu schaffen, konnte nicht befriedigen.

Die Post hatte nämlich zunächst nur versucht, der vorgegebenen Entwicklung auf der Verwaltungsebene durch Ausweitung bzw. Zusammenlegung von Ortsnetzen zu folgen. Die Schwierigkeiten auf der technischen Seite führten zu einem raschen Ansteigen der Investitionskosten und somit zu oft jahrelanger Verzögerung bei der Veränderung der Ortsnetze. Die Post konnte einfach mit der sich bei der kommunalen Neugliederung vollziehenden Entwicklung nicht Schritt halten.

Lösungsmodelle, um das Übel an der Wurzel zu packen, existierten schon lange. Bereits 1971 war in der Verordnung zur Änderung des Fernmeldewesens die Ankündigung zur Einführung des Nahgesprächsverkehrs aufgenommen worden. Zeitpunkt und Reihenfolge der Einführung aber mußten von den technischen Voraussetzungen sowie insbesondere den wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Anpassung des Fernsprechnetzes abhängig gemacht werden. Inzwischen wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen; zur Entscheidung stand jetzt an, ob auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten die Einführung des Nahverkehrsbereiches rechtfertigen.

Zu einem Nahverkehrsbereich eines jeden Ortsnetzes werden künftig im Durchschnitt rund 18 weitere in einem Umkreis von 20 km liegende Ortsnetze

gehören. Damit wird der Bereich, in dem man dann zum Ortstarif telefonieren kann, viel größer. Von durchschnittlich 70 qkm wächst die Fläche auf künftig durchschnittlich 1.300 qkm. Um die zu erwartenden Gebührenaussfälle in Grenzen zu halten, wurde einmal der Radius für den Nahbereich auf 20 km begrenzt, zum anderen wird dort, wo der Nahbereich realisiert wird, ab 1977 die Ortsgesprächsgebühr für vier Minuten berechnet. Damit konnten zwar die ursprünglichen Vorstellungen - Nahbereich mit einem Umkreis von 25 km ohne Zeitabrechnung - nicht verwirklicht werden, dennoch wird das Telefonieren im Nahverkehr künftig entscheidend billiger. Hier waren einige Pressemeldungen über die Absichten der Deutschen Bundespost einfach falsch, weil unvollständig. Die Post wird trotz ihrer schwierigen finanziellen Situation nach Einführung des Nahverkehrs etwa eine halbe Milliarde DM weniger Gebühren einnehmen. Dies schlägt sich natürlich in den Ausgaben der einzelnen Postkunden positiv nieder.

Die Neuerung ist auch ein entscheidender Schritt zu größerer Tarifgerechtigkeit im Fernmeldewesen. Bisher hatten ausschließlich die Großstädter die Möglichkeit, in einem weiten Gebiet zum Ortstarif zu telefonieren. Außerhalb dieser Ballungsräume aber können die Fernsprechteilnehmer den Vorteil eines Ortsgesprächs nur bei wenigen Telefonaten nutzen. Mit den Nahverkehrsbereichen aber gewährleistet die Deutsche Bundespost für alle Fernsprechteilnehmer künftig flächengleiche Gebietszonen. Der Investitionsaufwand für diese Maßnahme ist beträchtlich. Insgesamt muß die Deutsche Bundespost rund 1,6 Milliarden DM aufbringen; sie wird diesen Betrag auf etwa zehn Jahre verteilen. Das bedeutet, daß nach und nach der Nahverkehrsbereich bis etwa 1984 eingerichtet wird. Die ersten Nahbereiche aber wird es sicherlich schon bald geben. Die Zeitabrechnung in diesen Ortsnetzen wird jedoch erst 1977 einsetzen. Überhaupt soll die Zeitabrechnung - und hierüber wurde auch vielfach falsch berichtet - nur dort gelten, wo bereits der Nahdienst eingeführt ist.

Als Ergebnis läßt sich schließlich festhalten: Die Deutsche Bundespost erfüllt mit der Einführung des Nahverkehrs im Fernsprechsdiens den Wunsch vieler Fernsprechteilnehmer. Endlich wird es möglich, nicht nur in großen Städten, sondern auch auf dem Lande in der näheren Umgebung zum Ortstarif zu telefonieren. Der Wermutstropfen hierbei bleibt die Zeitabrechnung. Ihre Einführung ist sicherlich nicht schön, aber unumgänglich und man sollte nicht vergessen, daß die Vorteile bei weitem überwiegen. Ein Zeittakt von vier bis acht Minuten macht das Telefonieren ja nicht unbedingt teurer, sondern kürzer.

(-/17.10.1975/vp/or)

Dies war der erste Thürkenatzeich!

Wozu der Mangel an Argumenten die CDU treibt

Von Hans Satz MdB

Es gibt in der Tat ausweilich des Bundestagshandbuches einen Abgeordneten Kurt Thürk (49), Staatsanwalt a.D. sowie Richter am Oberverwaltungsgericht und am Verfassungsgerichtshof a.D..

Wer dies bisher noch nicht wußte, und das ging wohl den meisten so, der wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß hier offenbar in aller Stille im Schosse der Unions-Fraktion ein echter CDU-Politiker herangereift ist, der weiß, wie die Union den nächsten Bundestagswahlkampf bestreiten muß. Dies hat er mit einem Schreiben an seine Fraktionskollegen bewiesen, das - wie der Teufel wollte - auch sonst bekannt wurde.

In diesem Dokument werden die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion von dem Staatsmann Thürk dahingehend belehrt, "daß man mit diesem Gag in der Bevölkerung mehr erreicht, als mit wissenschaftlich fundierten Gutachten, die der Bundesbürger nicht versteht". Gemeint ist der etwas dümmliche Banknoten-Scherz mit dem Aufdruck "Wer die Roten nachmacht... usw. wird mit Regierungsverantwortung nicht unter vier Jahren belohnt." Selten so jelaecht, mag der ehem. Staatsanwalt und Verfassungsrichter gekichert haben.

Aber dann kam es ihm! Er erkannte blitzschnell: Das ist die Lösung für die politische Not der Union und formulierte staatsmännisch gemessen: "Ich neige dazu, die Banknote im Wahlkampf zu verwenden." Darauf war niemand gekommen. Aber Thürk hat nicht nur Ideen, die Sache ist ihm zu wichtig, um sie anderen zu überlassen: "Ich würde dies gerne organisieren."

Da kann man nur sagen, die Diäten für diesen Abgeordneten sind gut angelegt.

Man könnte beinahe ein wenig Erbarmen mit dieser Opposition haben, deren Mitglieder die Bürger im Lande für so dämlich halten, einen kläglichen Witz als Ersatz für Argumente und fehlende Konzepte zu akzeptieren. Der Wahlkampf kann lustig werden.

Na, immerhin hat nun auch der Abgeordnete Kurt Thürk eine Aufgabe, die seiner Bedeutung entspricht und uns rechtzeitig zeigt, wie ernst unsere Lage ist.

(-/17.10.1975/bgy/pr)

+ + +

(Siehe das Faksimile des Thürk-Briefes auf der nächsten Seite)



53 Bonn, den 15. Oktober 1975

Bundeshaus, NR 71 und 1719

Fernruf (02221) 103506

t/v

Die W. H. Z. wird nicht mit dem Verkehr der
gewünschten Platte bedient.
Kontakt zum Postamt 103506, bitte
Nr. 101 (Bundeshausverwaltung) benutzen

68 Saarbrücken

Büro: Am Luisenplatz 8

Fernruf (0681) 52201

KURT THORK

Mitglied des Deutschen Bundestages

An die

Mitglieder der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

im Hause

Sehr verehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege!

Von einem uns bekannten Journalisten ist ein vergrößerter
Hundertmark-Schein mit ironischen Abänderungen entworfen
worden. Er enthält auf der Vorderseite den Aufdruck "Hundert
Defizit-Mark" und zeigt einen die Zähne fletschenden Helmut
Schmidt. Auf der Rückseite weint der Bundesadler. Die übliche
Strafandrohung für den Geldfälscher ist wie folgt abgeändert:

"Wer die Roten nachmacht, Apfel verfälscht oder einen
nachgemachten Friederichs sich verschafft und Schmidt
aus dem Verkehr zieht, wird mit Regierungsverantwortung
nicht unter vier Jahren belohnt".

Ich glaube, daß man mit diesem Gag in der Bevölkerung mehr
erreicht als mit wissenschaftlich fundierten Gutachten, die
der Bundesbürger nicht versteht. Ich neige deshalb dazu, die
"Banknote" im Wahlkampf zu verwenden. Die Banknote kostet zur
Zeit DM 0,70 in der Buchhandlung in der Ladenzeile.

Der Preis läßt sich erheblich drücken, wenn wir 20.000 oder
mehr Exemplare drucken lassen. Ich würde dies gerne organi-
sieren.

Lassen Sie mir bitten noch in dieser Woche eine schriftliche
Bestellung zugehen, in der Sie die gewünschte Stückzahl bei
einer bestimmten Preislage angeben, z.B.

ich bestelle beim Preis von DM 0,25/Stck.	500 Banknoten
beim Preis von DM 0,20/Stck.	1000 Banknoten
beim Preis von DM 0,15/Stck.	1200 Banknoten
beim Preis von DM 0,10/Stck.	1800 Banknoten.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Vor- und Rückseite des Geldscheines in Originalgröße

Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Entwicklungspolitik ist in Schweden populär

Gute Erfahrungen mit einer großzügigen Öffentlichkeitsarbeit

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche
Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Die Beurteilung der Entwicklungshilfe in der Öffentlichkeit Schwedens ist anders als bei uns, weil sie dort zielstrebig, einheitlicher, aktueller und vorurteilsloser durchgeführt und von der Bevölkerung aufgenommen wird.

Die SIDA, das Büro für Internationale Entwicklungszusammenarbeit, eine Gesellschaft, die im Auftrag des Parlaments den Bereich der gesamten schwedischen Entwicklungshilfe-Aktivitäten bearbeitet und durchführt, ist mit der Wirkung ihrer Tätigkeit zufrieden. Auch der Öffentlichkeitsarbeit wird ein großer Spielraum und hoher Rang eingeräumt. In Schweden wird die gesamte Öffentlichkeitsarbeit aus einer Hand gesteuert. Die Mittel, die der SIDA jährlich für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen, belaufen sich auf fast 13 Millionen Kronen (elf Millionen DM), das entspricht einem Betrag von rd. einer DM pro Kopf der Bevölkerung im Jahr; in der Bundesrepublik sind es nur rd. 14 Pfennige.

Der Auftrag der Regierung und des Parlaments lautet:

- 1/ Die Bevölkerung über die soziale und ökonomische Lage und Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt aufzuklären und die Probleme darzustellen;
- 2/ Über die Arbeit der schwedischen Hilfen selbst in aller Offenheit zu berichten und sie auch kritisch zu begleiten.

Die einzelnen Tätigkeiten sind in einem Aktionsplan festgelegt, dabei zeigt sich nach Ansicht der Gesprächspartner, daß die schwedische Bevölkerung die Berichterstattung mit Interesse und allgemeinem Wohlwollen aufnimmt. Bei vertieften Kenntnissen erfolgt auch bei eigenen schwierigen Situationen keine negative Haltung durch die Bevölkerung. Die alten und schon traditionellen großen Bildungsvereine und ihre Organisationen erhalten ebenso wie die Gewerkschaften generell nach ihrer Größe Zuwendungen für ihre Öffentlichkeitsarbeit durch die SIDA! Aktivitäten kleinerer Vereine werden nach Beantragung und Nachweis bezuschußt; das gleiche gilt für die Kirchen des Landes.

Grundsätzlich erfolgt keine besondere Kontrolle über die Mittel, man läßt sich nur informieren und berichten. Es wird aufgrund der Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit und ihrer Bewertung vorausgesetzt, daß die Zuwendungsempfänger eigenverantwortlich gruppenspezifisch handeln. Dieser große Bereich der gesellschaftlichen Gruppen wird auch durch die SIDA schnell und unbürokratisch laufend durch aktuelle, in kurzen Zeitabchnitten erscheinende Informationsblätter unterrichtet. Zusätzlich hat die SIDA

ein spezielles Programm mit der Behörde für das Unterrichtswesen erarbeitet, das beim Studium der Lehrerausbildung Methoden hat, den Bereich der Entwicklungshilfe auch in das Erziehungssystem zu übernehmen; jedes Jahr wird z.B. eine Gruppe in ein Entwicklungsland geschickt. Dabei ist es fast unerheblich, ob Schweden in diesen Ländern tätig ist.

Es gibt gute Verbindungen zum Fernsehen und zu den Journalisten des Landes. Außerdem werden Seminare und Kurse für Multiplikatoren durchgeführt, und es wird großzügige Hilfe bei internationalen Konferenzen geleistet. Die öffentliche Wirkung und Ausstrahlung vor allem derartiger Konferenzen soll groß sein, weil sehr viel darüber in Presse, Rundfunk und Fernsehen berichtet werde.

Es besteht eine Zentralstelle bei SIDA, die eine große Anzahl von Briefen, die laufend eingeht, beantwortet, Referanten für Vorträge vermittelt, Ausstellungen mit Materialien versorgt und auch sonst für die Verteilung der Informationsunterlagen an einzelne Gruppen sorgt. Es gibt eine gut aufgemachte Zeitschrift namens "Rapport", die alle drei Monate in einer Auflage von 16.000 Stück erscheint. Zusätzlich gibt es zahlreiche andere Schriften und Broschüren. Dabei ist besonders herauszustellen, daß eine ganze Zahl von ehemaligen Entwicklungshelfern bei der SIDA in die Öffentlichkeitsarbeit als Informanten eingesetzt wird. Man sagte, daß z.B. die Rückführung und Eingliederung von Entwicklungshelfern in Schweden kein Problem sei. Daß die Probleme der Entwicklungshilfe in Schweden sehr lebhaft diskutiert werden, zeigt die überaus große Anzahl von Briefen und Anfragen, die die SIDA täglich erhält. Informationsfilme werden nicht hergestellt, weil die Kosten nicht im Verhältnis zum Erfolg stehen. Die Beschickung von Ausstellungen ist sehr viel lohnender, weil man dort viel Material an die Leute bringen kann und ausgiebig Gespräche geführt werden. Dabei ist noch hinzuzufügen, daß der größte Teil der Gelder für Öffentlichkeitsarbeit den Bildungsvereinen und den Gewerkschaften mit ihrer großen Mitgliederstärke zufließen.

Alle zwei Jahre findet eine repräsentative Umfrage über den "meßbaren Erfolg" der Öffentlichkeitsarbeit statt. Dabei zeigt sich bei der letzten Umfrage sehr deutlich und erfreulich, daß 40 vH der Bevölkerung die Höhe der Entwicklungshilfen des Landes - im Jahre 1975 eine vH des Brutto-sozialproduktes - als ausreichend ansehe, 25 vH wünschen sich noch höhere Beiträge und 15 vH äußerten keine Meinung.

Die Erfahrungen Schwedens sind in ihrer Gesamtheit nicht auf unsere Verhältnisse übertragbar. Sie können aber Anregungen und Ansätze auch für unsere Öffentlichkeitsarbeit in einigen Bereichen bieten. Bei der großen Distanz, die die Bürger bei uns zu den Problemen der Entwicklungsländer haben, muß auch in der Bundesrepublik nah und aktuell informiert werden. Dies würde, so meine ich, in der Öffentlichkeit auf mehr Wohlwollen und Verständnis stoßen. Das aktuelle Erlebnis der Konfrontation mit dem gerade auftretenden Problem, sollte verstärkt Anknüpfungspunkt für Informationen über die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt sein.
(-/17.10.1975/bgy/pr)

+ + +

Was ist das Vaterland ?

"Wir können nicht mehr patriotisch sein"

Von Klaus Lohmann

Krankenhaus-Pfarrer außer Dienst

Man spricht wieder davon: in öffentlichen Ansprachen, sogar in Predigten. Was ist das eigentlich: Vaterland? Das Land meiner Muttersprache? Das Land, in dem ich geboren bin? Dann wäre also für manchen unter uns das heutige Polen, die Tschechoslowakei, die Sowjetunion Vaterland. Oder ist es die Bundesrepublik Deutschland? Dann würde also der von den Römern geprägte Satz gelten: Wo's mir gut geht, da ist mein Vaterland.

Der Begriff Vaterland hat in früheren Zeiten auch in der Kirche eine erhebliche Rolle gespielt. Unser Gesangbuch deutet das noch an; da gibt es eine wenn auch schmale Liederfolge, betitelt: "Für Volk und Vaterland." Das bekannteste unter diesen Liedern, "Wach auf, wach auf, du deutsches Land", gehört zum 10. Sonntag nach Trinitatis, der Predigttext zu diesem Sonntag steht in Lukas 19: Jesus weint über Jerusalem.

Welche Bedeutung hat eigentlich der Begriff Vaterland für uns, welche Bedeutung hat er für die Bibel? Ich vermute, daß dieses Wort für die Älteren und Alten unter uns wesentlich mehr Gewicht hat als für die Jungen. Das hängt z.B. damit zusammen, daß die jungen Leute von heute wesentlich mehr Möglichkeiten haben, auch andere (Vater-)Länder kennenzulernen, daß es Austausch von Jugendlichen vor allem der westeuropäischen Länder gibt. Vielleicht kommen manche von diesen jungen Leuten, die ihre Ferien in Frankreich oder England oder Schweden verbracht haben, zu dem Ergebnis: Auch dort läßt sich's leben, auch dort gibt es Menschen - "so'ne und solche", wie die Berliner sagen. Aber gewiß auch: Sei uns, in der Bundesrepublik, ist es auch gar nicht so übel. Nur, vermutlich werden diese jungen Leute nicht mehr mit jenem Pathos an ihr Vaterland denken und davon reden (oder

gar singen), wie es noch vor ein paar Jahrzehnten und erst recht vor 1914 möglich war. Patriotismus (das ist die aus dem lateinischen Wort für Vaterland abgeleitete Vokabel) meint eben schon: Das Vaterland gehört in den engeren oder weiteren Bereich der religiösen Verehrung. Nein, patriotisch können wir nicht mehr sein.

Die Bibel ist nüchtern, sehr nüchtern, wo von Vaterland die Rede ist. Abraham muß seine Heimat, sein Vaterland auf Gottes Geheiß verlassen. Das Land der Väter hat für das Volk des Alten Bundes (und für die Juden heute) nur insofern eine immense Bedeutung, als es das von Gott verheißene Land ist. Die Klagemauer in Jerusalem, Rest des Alten Tempels, ist für die Juden sichtbarstes Zeichen dieser Verheißung. "Ha'arez", das Land, so nennen die heutigen Juden ihren Staat.

Das Neue Testament kennt für die junge christliche Gemeinde nicht mehr den Begriff Vaterland. Und schon gar nicht so etwas wie den Anspruch auf ein bestimmtes Land. "Gäste und Fremdlinge" sind die Jünger Jesu in ihren jeweiligen Vaterländern. Von irgendeiner in den Bereich des Religiösen hineingehobenen Verehrung, von Patriotismus also, kann überhaupt keine Rede sein.

Aber erlaubt ist ganz gewiß die Dankbarkeit, so etwas wie ein Vaterland zu haben, eine Heimat (wieder-)gefunden zu haben. Dankbarkeit, wie wir sie vor Gott im Blick auf alle Gaben, die unser Leben reich machen, haben dürfen. Und geboten ist ganz gewiß die Verantwortung für dies mein Vaterland, also nicht zuletzt auch für den Staat, in dem ich lebe, in dem wir leben. Davon kann sich keiner drücken, der sich Christ nennt. Wo Dankbarkeit und Verantwortung unser Verhältnis zu "Volk und Vaterland" bestimmen, da dürfen wir bestimmt auch Vertrauen in die Zukunft haben.

(-/17.10.1975/ks/pr)

(Co: Gemeindebrief der evangelischen Kirchengemeinden von Bad Godesberg)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller